

Wider Schröder und Strauß

Aus der Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates

Die Hochschulen müssen Bewährtes wahren, zugleich aber die Aufgaben erfüllen, die ihnen erst im Laufe der neueren Entwicklung erwachsen sind: Sie müssen der Spezialisierung der Wissenschaft Rechnung tragen, und sie haben vor allem eine ungleich größere Zahl von Studenten auszubilden als früher. Nicht die Aufgaben selbst sind neu, aber ihr Gewicht ist schwerer geworden. Zugleich haben sich die Bedingungen geändert, unter denen sie früher gelöst werden konnten. Die Hochschule muß damit rechnen, daß sie bei vielen ihrer jungen Studenten erst diejenigen zeitigen Voraussetzungen schaffen muß, die sie befähigen, unter den Bedingungen des deutschen Hochschulwesens fruchtbar zu arbeiten.

Der Wissenschaftsrat ist der Ansicht, daß auch unter den heutigen Verhältnissen der Versuch gemacht werden muß, fachliche Ausbildung und menschliche Bildung zu vereinen, und daß die wissenschaftliche Ausbildung so gestaltet werden kann, daß sie zugleich ein Bildungswert ist. Die Hochschule kann sich nicht auf Wissensübermittlung beschränken. Auch können wir nicht empfehlen, die Ausbildung von hochbegabten und durchschnittlich begabten Studenten institutionell zu trennen. Die Hochschule sollte auch heute jedem ihrer Studenten die Möglichkeit zur Begegnung mit der lebendigen Wissenschaft bieten...

Einheit von Forschung und Lehre

Gewichtige Gründe sprechen jedoch gegen eine Trennung von Forschung und Lehre. Beide würden hierbei schweren Schaden erleiden. Eine lebendige Lehre erhält starke Impulse aus der Forschungsarbeit des Lehrenden. Eine Beschränkung der Forschung auf die jeweiligen Lehrgegenstände aber ist schwer denkbar. Andererseits würde die Forschung bei einer Trennung der beiden Aufgaben in der Regel abnehmen, die dem Gelehrten aus der Zusammenhängenden Darstellung von Forschungsergebnissen in der Vorlesung und aus ihrer Diskussion in Seminaren und Kolloquien erwachsen.

Ein wesentliches Merkmal der deutschen Hochschulen, daß nämlich dem Studenten die Möglichkeit gegeben ist, in den höheren Semestern unmittelbar an der Forschung teilzunehmen, würde ebenfalls verlorengehen. Auch die Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses würde erschwert...

Sinnvolle Spezialisierung

Die wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt müssen als Träger von

Forschung und Lehre der Entwicklung der modernen Wissenschaft in ihrer ganzen Breite Raum geben. Das bedeutet aber nicht, daß jede Hochschule alle Wissensgebiete pflegen müßte. Die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert ist mit der Gründung selbständiger technischer Hochschulen und von Instituten, die ausschließlich der Forschung dienen, schon über diese Konzeption hinweggegangen. Aber auch andere Gründe - finanzielle Rücksichten, Ausgliederung hochspezialisierter Wissensgebiete, beschränkte Zahl von Forschern in einzelnen Disziplinen - sprechen dagegen, das Prinzip der Vollständigkeit in allem zum Leitsatz zu machen. Allerdings sollte es keine Fachrichtung geben, die nicht an einer oder mehreren Hochschulen gepflegt wird. Somit ergibt sich die Notwendigkeit, Schwerpunkte zu bilden und die Pflege bestimmter Sondergebiete auf einzelne Hochschulen zu beschränken.

Schröders Sperren abgelehnt

Angeichts dieser Entwicklung (des steigenden Andrangs zur Hochschule, die Red.) liegt die Frage nahe, ob nicht - sei es als Dauerlösung, sei es für eine vorübergehende Zeit - Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Studentenzahl zu beschränken und zum Beispiel etwa auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. Als solche Maßnahmen kämen in Betracht:

In erster Linie der Numerus clausus.

In zweiter Linie ein System von Prüfungen, das die den Anforderungen nicht gewachsenen Studenten zwingt, die Hochschule wieder zu verlassen.

Für beide Systeme gibt es Beispiele im Ausland. Ein Numerus clausus wird in England angewendet; scharfe Ausleseprüfungen nach einer Bewährungszeit werden in den großen amerikanischen Universitäten durchgeführt.

Nach eingehender Abwägung aller dieser Argumente empfiehlt der Wissenschaftsrat, keine Beschränkung des Zugangs zu den Hochschulen einzuführen, sondern Ausbildungskapazitäten für die zu erwartenden Studenten zu schaffen und die zur Zeit bestehenden Zulassungs- oder Studienbeschränkungen zu beseitigen, sobald der Stand des Ausbaus der Hochschulen dies zuläßt.

Die Bundesrepublik muß als ein demokratisches Gemeinwesen ihre Bildungsrichtungen so erweitern, daß sie dem Bedürfnis aller Volksschichten nach wissenschaftlicher Ausbildung entsprechen. Als hochindustrialisiertes Land kann sie nicht den Notwendigkeiten ausweichen, die sich aus der wissenschaftlich-techni-

schen Entwicklung ergeben; diese verlangt mehr wissenschaftlich ausgebildetes Personal in Wirtschaft und Verwaltung.

Neue Hochschulen nötig

Deswegen ist die Neugründung von Hochschulen notwendig. Durch die Planung und den Aufbau neuer Hochschulen darf jedoch der vorgezeichnete Ausbau der bestehenden Hochschulen nicht beeinträchtigt werden.

Eine neue Hochschule darf ihre Tätigkeit keinesfalls in Behelfsheimen (Kasernen, Baracken usw.) beginnen; auch schlechte Provisorien sind gelegentlich überaus dauerhaft...

Kliniken fehlen

Die Untersuchungen über die Ausbildungsverhältnisse in den Universitätskliniken haben ergeben, daß dringend zusätzliche Ausbildungsstätten in den klinischen Hauptfächern erforderlich sind. Dem hier herrschenden besonderen Notstand kann durch den lange Zeit in Anspruch nehmenden und kostspieligen Bau neuer Kliniken allein nicht abgeholfen werden. Vielmehr müssen zusätzliche, rasch wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Daher schlagen wir wie in der Stellungnahme zu der Struktur der Universitätskliniken näher ausgeführt ist, die Gründung neuer medizinischer Akademien vor...

Kein Flickwerk!

Das Gewicht dieser Gründe erlaubt es nicht länger, bei Flickwerk und halben Maßnahmen stehen zu bleiben. Da sich die Forschung nicht vereinfachen und der Andrang von Studenten zu den Hochschulen nicht ohne schwere Schäden verringern läßt, muß entschlossen der umgekehrte Weg eingeschlagen werden, den bestehenden Bedürfnissen voll Rechnung zu tragen.

Ungeist unter westdeutscher Jugend verbreitet

Aus einem Memorandum der Regierung der DDR an die UNESCO

Ein wichtiges Instrument zur ideologischen Vergiftung der westdeutschen Jugend sind die in Massen produzierten oder eingeführten Kriegs-, Verbrecher- und Schundfilme. Diese Filme, gegen deren Einführung von den westdeutschen Behörden nichts unternommen wird, dienen der Verrohung der Jugend. Sie sollen die Naziverbrecher reinwaschen, den Hitlerkrieg rechtfertigen und in der Jugend erneut Begeisterung für den Krieg erwecken. Über hundert westdeutsche Verlage bringen faschistische und militaristische Literatur heraus. Bis 1955 waren in Westdeutschland bereits 700 militaristische und faschistische Titel mit einer Gesamtauflage von drei Millionen Exemplaren erschienen, darunter die Bücher solcher Kriegsverbrecher wie Rosenberg, Dönitz, Raeder und Heß.

Die sogenannte Bundeszentrale für Heimatdienst gab im vergangenen Jahr 75 000 Bücher und 120 000 kleinere Schriften sowie 2000 Filmkopien mit militaristischem und reaktionärem Inhalt heraus.

Ein großer Teil der faschistischen und militaristischen Literatur wird durch einen speziellen Versandbuchhandel an die Leser gebracht, wobei es charakteristisch ist, daß das westdeutsche Kriegsministerium als Großabnehmer für Truppenbüchereien auftritt und somit ganz bewußt dazu beiträgt, die in der westdeutschen Armee diensttunenden Jugendlichen mit der faschistischen und militaristischen Literatur zu versorgen.

Einheit von Lehre und Forschung

Während in Westdeutschland Bestrebungen der Monopole im Gange sind, die Universitäten zu bloßen Ausbildungsstätten ihres Nachwuchses zu degradieren und die Forschung in betriebseigenen Laboratorien zu konzentrieren, erfolgt an den Universitäten und Hochschulen unserer Republik - und so auch an unserer Universität - eine systematische Weiterentwicklung von Forschung und Lehre, die frei von Monopolinteressen in engem Zusammenwirken mit der Praxis betrieben werden. So wird die Zahl der Forschungsvorhaben, die die Institute unserer Universität Ende kommenden Jahres im Rahmen der Vertragsforschung betreiben, auf etwa 70 gestiegen sein, wobei sie die großzügige materielle Förderung der Betriebe genießen.

Während somit von den verantwortlichen Organen Westdeutschlands der ideologischen Vergiftung der Jugend Tür und Tor geöffnet wird, während Faschisten und Militaristen ungehindert ihren verderblichen Einfluß auf die Jugend ausüben können, werden westdeutsche Eltern, die ihren Kindern - Pädagogen, die ihren Schülern den Frieden bewahren wollen, Wissenschaftler und Künstler, die das Recht der Meinungsfreiheit auch für die Ablehnung der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands beanspruchen, Menschen aller Schichten und Berufe, die für eine friedliche Politik und die Erziehung der Jugend im humanistischen und antimilitaristischen Geist eintreten, heute in Westdeutschland zu Staatsfeinden erklärt und gemißhandelt. Es sei hier nur auf so bekannte Persönlichkeiten wie Frau Prof. Renate Riemeck, Herrn Prof. Dr. Walter Hagemann und Frau Studienrat Philomena Lehnert verwiesen.

Unserer Unterstützung gewiß

(Fortsetzung von Seite 1)

rium noch verschärft wird. Die Professoren warnen vor den katastrophalen Folgen, die eine solche Trennung für die Auswahl des wissenschaftlichen Nachwuchses, für die Ausbildung der Studenten, für die Wissenschaft in Westdeutschland überhaupt haben wird, wenn keine Änderung eintritt. Offensichtlich spüren die weiterblickenden Kräfte in Westdeutschland immer drückender die Fesseln, in die das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des Militarismus die Wissenschaft schlägt. Das Beispiel der Sowjetunion im wissenschaftlichen Wettbewerb mit den USA und wiederum auch das Beispiel unserer Republik vor Augen, beginnen sie, an diesen Fesseln zu rütteln.

Viertens wünschen die westdeutschen Professoren die Eröffnung einiger neuer Hochschulen. Diese Forderung ist deswegen interessant, weil einige Herren in Westdeutschland es bisher darauf anlegten, die in den Jahren seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bei uns neugeschaffenen Hochschulen zu ignorieren. Wir wünschen den westdeutschen Wissenschaftlern Erfolg auch bei dem Eintreten für diese Forderung.

Fünftens machen die westdeutschen Professoren eine einseitigere Besetzung der Besoldung auf: Die Beträge, die aufgewandt werden müßten, um ihre Empfehlungen zu verwirklichen, betragen für die Jahre bis 1964 auf 4,4 Milliarden Westmark. Gegenüber den Haushaltsvorhaben für Rüstungsausgaben in den Jahren bis 1963 - vorgesehen sind 52 Milliarden Westmark direkte Rüstungsgelder - nimmt sich die erwähnte Summe wahrhaftig sehr zurückhaltend aus. Das wirkliche Problem aber liegt anders, liegt nicht bei den Proportionen: Bei Fortsetzung des Bonner Atomkriegskurses ist in Bonn jede Summe undiskutabel, die nicht der Unterordnung der Wissenschaft unter die Fuchtel von Strauß und Schröder dient. Wer's nicht glauben wollte, dem wurde das von der Tribüne des bereits erwähnten Kulturbausekongresses der Adenauer-CDU laut und deutlich gesagt. Dort äußerte unter dem Befehl der wenigen Erschienenen Fraktionschef Krone: „Die Gelder für Strauß sind im Grunde Gelder für Kulturzwecke.“ (!)

Worum geht es also für alle westdeutschen Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten, wenn sie das Gutachten des westdeutschen Wissenschaftsrates ernst nehmen, wenn sie verhindern wollen, daß das Dokument ihrer Sorgen und Forderungen sang- und klanglos in einem Bonner Papierkorb verschwindet oder nur Gegenstand leeren Geredes wird?

Es geht um das eigene aktive Handeln, es geht um Kampf. Die Aussprache unter westdeutschen Universitätsangehörigen über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates hilft um so mehr voran, je häufiger sie in den Zusammenschluß aller derjenigen mündet, die für die Verwirklichung der Empfehlungen eintreten - und das ist die übergroße Mehrheit. Die Professoren wollen mit 240 000 Studenten in Westdeutschland rechnen, Strauß aber fordert 500 000 Mann für seine Atomkriegsarmee. Die Professoren empfehlen höhere finanzielle Aufwendungen für die Wissenschaft. Strauß aber will Milliarden für die Rüstung verpulvern. Der daraus erwachsende Gegensatz ist grundlegend. Er ist die objektive Grundlage für eine breite Bewegung westdeutscher Universitätsangehöriger für die Verwirklichung der humanistischen Bestrebungen, die im Wissenschaftsratsgutachten zum Ausdruck gekommen sind.

Zwei Denkschriften stehen sich in Westdeutschland gegenüber: die Denkschrift der Generale vom 20. August und die Denkschrift der Professoren vom 25. November. Die Denkschrift der Generale muß fallen, wenn nach der Denkschrift der Professoren gehandelt werden soll. So ist die Zeit herangereift, in der Professoren und Studenten im Westensstaat um des Schicksals der Wissenschaft willen nicht umhin können, in breitem Ausmaß am Kampf der Nation gegen den westdeutschen Militarismus teilzunehmen.

In diesem Ringen gehört der westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten die stärkste Unterstützung seitens ihrer Kollegen und Kommissionen in der Deutschen Demokratischen Republik. Man soll in Westdeutschland nicht nur allgemein an unserem Beispiel anknüpfen können, sondern die Angehörigen unserer Universitäten stehen denen der westdeutschen gerade jetzt mehr denn je mit Rat und Tat zur Seite. Denn wenn sich die westdeutschen

Wissenschaftler und Studenten dem Niedergang des wissenschaftlichen Lebens entgegenstemmen, dann kämpfen sie mit uns an einer Front, dann sind sie - Studenten wie Wissenschaftler im Westensstaat - in des Wortes ursprünglichem Sinn alle unsere Kommilitonen, Mitkämpfer an unserer Seite.

So demonstriert das Leben auch auf hochschulpolitischem Gebiet immer eindeutiger die Richtigkeit der in der Programmatik der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, gegebenen Einschätzung, daß der Hauptwiderspruch in Deutschland der Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften des ganzen deutschen Volkes einerseits und den Militaristen auf der anderen Seite ist, und die Gemeinsamkeiten auch zwischen den friedliebenden Wissenschaftlern beider deutscher Staaten im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus brechen sich allen Widerständen zum Trotz Bahn. Der höhere gesellschaftliche Standort, auf dem wir in der DDR in diesem Kampf stehen, macht unser Bündnis nur noch fester und gibt den westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten die Perspektive ihres Sieges.

Die Militaristen zittern beim Gedanken an diese Perspektive. Wie versuchen sie sich zu retten?

Sie überschnitten die Jugend mit den üblichsten Ausflüssen des Antikommunismus, der Völkerverhetzung, des Hitler-Ungeistes, daß es zu einem weltbekannten Skandal geworden ist, was hier geschieht. Die Regierung unserer Republik konnte nicht umhin, ausgehend von ihrer Verantwortung für die deutsche Nation, die UNESCO in einem Memorandum über diese Vorgänge zu informieren.

Sie kneten die freie Meinungsäußerung, wie die schwarzen Listen des Verbrechervereins „Rettet die Freiheit“, das Vorgehen des nordrhein-westfälischen sogenannten Kultusministers Schütz gegen Prof. Dr. Hagemann und Frau Prof. Dr. Renate Riemeck, die Bonner Notstandsgesetzgebung vom 28. September und zahllose andere Tatsachen beweisen. Studierenden unserer Universität wurde ja erst kürzlich durch die Vorgänge beim Aufenthalt einer Gruppe westdeutscher Chemie- und Physikstudenten in Leipzig die Praxis Bonner „Demokratie“ demonstriert (vgl. UZ Nr. 49 vom 30. November 1960, S. 8, den Artikel von G. Welpick: „Kommissionen Mummehoff und die Bonner ‚Freiheit‘“).

Sie betreiben gegen unsere Republik und ihre Wissenschaftler, Netze von unüberbietbarer Infamie. Kaum sind die Lügenmeldungen über Herrn Prof. Dr. Uebermuth zurückgewiesen, scheut das großbourgeoise Kölner Blatt „Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung“ nicht davor zurück, sogar das Vorhaben der Ärztegemeinschaft unter Leitung von Herrn Oberarzt Dozent Dr. Herbst, eine planvolle Arbeit mit der Herz-Lungen-Maschine aufzunehmen und so Hunderten vom Tod bedrohter Menschen das Leben zu erhalten, in der schimpflichsten Weise zu verunglimpfen. (Vgl. auch Seite 1 dieser Ausgabe, Die Red.)

Sie sperren die Grenzen ab gegen die Wahrheit, die aus der Deutschen Demokratischen Republik nach Westdeutschland strahlt. SA-Schröders Terrorgesetz gegen den Reiseverkehr wird schon vor seiner Verabschiedung im Bundestag voll oder teilweise praktiziert.

Was aber kommt dabei heraus? Sie richten sich selbst und ihr System. Jenen westdeutschen Professoren, die in dem Wissenschaftsratsgutachten den Bonner Staat als „demokratisches Gemeinwesen“ ansprechen, wird so nach und nach deutlich werden, daß diese Umschreibung ein Irrtum war.

Andererseits wird jeder Begegnung von Wissenschaftlern und Studenten aus unserer Republik und aus Westdeutschland auf Grund des Adenauer-Terrors natürlich in allen akademischen Kreisen gesteigertes Interesse entgegengebracht. So war es, als im Frühjahr die Heidelberger Professoren in Leipzig weilten. So war es anlässlich des Aufenthaltes der Vertreter unserer Juristenfakultät in Marburg. So wird es immer wieder sein. Zum Nutzen des Friedens und zum Nutzen der westdeutschen Wissenschaft und der sie Betreibenden - der Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten, die in ihrem Ringen für die Verwirklichung humanistischer und demokratischer Ideale stets unserer Unterstützung gewiß sind.

Veröffentlicht unter der Lizenznummer 34 8 des Pressesamtes beim Ministerpräsidenten der DDR. - Erscheint wöchentlich, Anschrift der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 24, Telefon 71 71. Sekretariat: App. 264, Bankkonto 203 20 bei der Stadt- und Kreisbank für Leipzig. - Druck: LVZ - Druckerei „Hermann Dunder“, Leipzig C 1, Potosinoweg 18. - Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen.

Universitätszeitung, 7. 12. 1960, S. 7

Zahlen und Tatsachen beweisen...

... daß die Forderungen des westdeutschen Wissenschaftsrates auf dem Gebiete der DDR längst verwirklicht sind

Dem Bedürfnis aller Volksschichten nach wissenschaftlicher Ausbildung wird entsprochen

● 55 Prozent aller Studierenden in unserer Republik sind Kinder von Arbeitern und Bauern. Dennoch studieren an unseren Hochschulen mehr Kinder von Angehörigen der Intelligenz als in der Weimarer Republik.

● Die große Zahl der Werktätigen ausgenommen, die sich in Abendfakultäten, in Betriebs- und Dorfakademien weiterbilden, kommen in unserer Republik auf 10 000 Einwohner 60 Studenten. In Westdeutschland sind es nur 37. Hinzu kommt, daß diese Zahl bei uns im Verlaufe des Siebenjahresplans auf 70 steigen wird. Und selbst wenn die Forderungen des westdeutschen Wissenschaftsrates erfüllt werden würden, kämen dort dann auch nur 47 Studenten auf 10 000 Einwohner.

● Jährlich 180 Millionen DM gibt unser Staat für Stipendien aus, das sind 11 DM pro Kopf der Bevölkerung. In Westdeutschland sind es hingegen insgesamt nur 60 Millionen und pro Kopf der Bevölkerung ganze 1,25 D-Mark.

Neue Hochschulen

Die westdeutschen Wissenschaftler halten die Gründung einer Reihe neuer Spezialhochschulen für dringend erforderlich. ● Tatsache ist aber, daß bereits Anfang der fünfziger Jahre in

unserer Republik eine ganze Reihe neuer Hochschulen ins Leben gerufen wurden, u. a. die Technische Hochschulen in Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Ilmenau, die Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg, die Medizinischen Akademien in Erfurt, Dresden und Magdeburg, die Hochschulen für Bauwesen in Cottbus und Leipzig, die Hochschulen für Planökonomie in Berlin-Karlshorst und für Binnenhandel in Leipzig, die Pädagogische Hochschule in Potsdam, die Deutsche Hochschule für Körperkultur in Leipzig.

SLUB